

PHILOSOPH ALAIN FINKIELKRAUT

„Beim Antirassismus geht es nicht mehr um Gleichheit, sondern um Ideologie“

WELTplus 2020-06-13

Der Philosoph Alain Finkielkraut hält den Antirassismus für den „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“. Die Scham, weiß zu sein, habe das bürgerliche schlechte Gewissen verdrängt. Er prangert „die Resignation des Staates gegenüber den verlorenen Gebieten der Republik“ an.

Alain Finkielkraut, 1949 als Sohn eines Holocaust-Überlebenden in Paris geboren, und Mitglied der Académie française, gilt seit Jahren als scharfer Kritiker eines modernen Kulturrelativismus. Die Einwanderungspolitik Angela Merkels hat er scharf kritisiert, im letzten französischen Präsidentschaftswahlkampf hat er sich sowohl gegen Emmanuel Macron als auch gegen Marine le Pen ausgesprochen, 2019 wurde er während einer Gelbwesten-Demonstration antisemitistisch beleidigt – ein international wahrgenommener Skandal.

WELT: Die Tötung George Floyds durch einen amerikanischen Polizisten hat in den USA Unruhen ausgelöst. Donald Trump erklärte daraufhin, er wolle „Law and Order“ wiederherstellen. Was halten Sie von diesen brennenden und blutenden Vereinigten Staaten?

Alain Finkielkraut: Wir sind zu Zuschauern geworden, das unterscheidet uns von den Menschen von früher. Wir sehen Dinge, von denen unsere Vorfahren nur durch Erzählungen oder schriftliche festgehaltene Berichte erfahren hätten. Und bei diesem „Wir“ gibt es kaum noch Ausnahmen: Ganz egal, wo wir wohnen, dank des Fernsehens sitzen wir immer in der ersten Reihe.

Das Bild von George Floyd, der da systematisch von einem Polizisten aus Minneapolis erstickt wird, ging um die Welt und ist absolut unterträglich. „I can't breathe“, keuchte und flehte dieser Schwarze, während ihm sein weißer Henker unbeirrt und sogar arrogant das Knie auf den Nacken presste, bis schließlich der Tod eintrat. Ich kann die Amerikaner verstehen, die spontan auf die Straße gingen, um ihren Abscheu, ihre Empörung und ihre Wut auszudrücken. Dabei frage ich mich allerdings auch: Kann man tatsächlich die ganze Wahrheit über Amerika aus diesem Bild ableiten?

„Er wird die Welt verändern“

Der gewaltsame Tod von George Floyd war der Auslöser für weltweite Proteste gegen Rassismus und Polizeigewalt. Zu seiner Trauerfeier schickte Präsidentschaftskandidat Joe Biden eine Videobotschaft.

Die Frage der Schwarzen ist und bleibt die große Tragödie der amerikanischen Geschichte, lässt sich aber nicht nur durch diesen Mord an George Floyd zusammenfassen. Die Emotionen sollten zum Nachdenken anregen, dürfen aber die Fakten nicht außer Acht lassen. Denn es gibt offizielle Zahlen: Der Datenbank der „Washington Post“ zufolge wurden seit dem 1. Januar 2015 doppelt so viele Weiße (2416) wie Schwarze (1263) von der Polizei getötet.

Sicher sieht das schon wieder ganz anders aus, wenn man das Verhältnis innerhalb der Bevölkerung in Betracht zieht: Die Schwarzen repräsentieren 13% der US-amerikanischen Bevölkerung, die Weißen 76%. Doch in diesem Land, in dem die Polizisten so schnell den Finger am Abzug haben, weil es überall Waffen gibt, kann man nicht wirklich von „systemischem“ oder auch strukturellem Rassismus der Ordnungskräfte sprechen.

Auch die Geschichte spielt hier eine Rolle: Der amerikanische Bürgerkrieg, die Bürgerkriegsbewegung, die zur Unabhängigkeit führte, die „Affirmative Action“ an den Universitäten, die die de facto

formale Gleichheit der Rechte etablieren sollte, die Verteidigung der Minderheiten durch das politisch Korrekte und die beiden Amtszeiten von Barack Obama im Weißen Haus.

Und es gibt ja auch andere Bilder: Die des afroamerikanischen Bürgermeisters von Houston, der das Begräbnis George Floyds in seiner Stadt ankündigt, oder auch die des afroamerikanischen Bürgermeisters von Atlanta, der nachdrücklich die Randalierer kritisierte, die die Protestaktionen durch Plünderungen diskreditierten. Zwei ehemalige Bastionen der Rassentrennung werden heute von schwarzen Mandatsträgern geleitet.

Und diese enorme Veränderung haben auch die weißen Rassisten sehr wohl erkannt: Prompt tauchen sie wieder auf und brüllen „You will not replace us!“, weil sie befürchten, dass die Vereinigten Staaten ihnen aus den Händen gleiten und sie selbst früher oder später in der Minderheit sein werden. Und genau diese Menschen mit ihren Ängsten bilden den Kern von Donald Trumps Wählerschaft. Und er wiederum wendet sich in erster Linie an sie, statt sich an die ganze Nation zu wenden. Er gießt Öl ins Feuer und verrät so seine Pflichten als Präsident.

WELT: Die Krise in den Vereinigten Staaten hat auch in Frankreich zu einem Wiederaufleben der Proteste gegen Gewalt gegenüber Minderheiten durch rassistische Polizisten geführt. Dabei geht es vor allem um den Fall von Adama Traoré. Besteht ein Grund zur Sorge, dass diese amerikanische Problematik nun auch nach Frankreich importiert werden könnte?

Finkielkraut: In Paris und den meisten anderen französischen Städten hielten die Demonstranten, die da von einer wahren mimetischen Besessenheit ergriffen wurden, die gleichen Plakate und Schilder hoch wie in den USA: „I can't breathe“, „No justice, no peace“ und „Black lives matter“. Sicherlich gibt es Rassisten in den Reihen der Polizei, die streng bestraft werden müssen.. In dieser Hinsicht hat der Innenminister recht: Das Unerträgliche kann nicht toleriert werden.

Es wäre jedoch böswillig, daraus nun zu schließen, dass die Polizei in unserem Land gegenüber der Bevölkerung mit afrikanischem oder arabischem Einwanderungshintergrund rassistischen Terror verbreitet. Tatsächlich ist die Realität eine ganz andere.

Auch in Paris brennen die Straßen

Trotz eines Demonstrationsverbots: 20.000 Menschen gehen in Paris gegen Rassismus und Polizeigewalt auf die Straße. Die große Mehrheit ist friedlich, doch gibt es auch einige, die nichts als Krawall wollen.

In den sogenannten Arbeitervierteln sind es die Polizisten, die Angst haben. Sie werden dort, wie auch die Feuerwehrleute, in Hinterhalte gelockt und dann Opfer von Mörserfeuer, sie werden mit Eisenstangen attackiert, mit Steinen von den Dächern oder sogar Kanaldeckeln von Fußgängerbrücken beworfen.

Als 2007 „Jugendliche“ in Villiers-le-Bel mit scharfer Munition auf sie schossen, haben sie das Feuer nicht erwidert. Das Ergebnis: Ein Dutzend verletzter Polizisten, aber kein einziger Demonstrant. Nach den Unruhen von 2005, die damals das ganze Land heimsuchten, verlangen die Vorgesetzten von den Beamten vor Ort, alles dafür zu tun, um Zwischenfälle und ungebührliches Verhalten zu vermeiden.

Und dieses „alles dafür zu tun“ bedeutet auch, nichts gegen die Stadt-Rodeos oder wilden Fußballspiele in den letzten Wochen des Lockdowns zu unternehmen. Ein Charakteristikum unserer Zeit ist nicht die Omnipräsenz oder Allmacht des Polizeistaats, sondern die Schwäche und Resignation des Staates gegenüber dem, was man – nicht zu Unrecht – die verlorenen Gebiete der Republik nennt.

Und wenn es tatsächlich einen institutionellen Rassismus gäbe, würden die Demonstranten dann den Ordnungshütern wirklich „Mörder-Polizisten“ ins Gesicht brüllen? Wenn der Staat autoritär wäre oder auch einfach nur für die Respektierung seiner Gesetze sorgen würde, könnten dann illegale Einwanderer durch Paris marschieren, ohne befürchten zu müssen, dass man sie verhaftet und ohne viel Federlesen in ihre Heimatländer zurückschickt? Wenn sie sich nicht völliger Straflosigkeit erfreuen würden, könnten dann Rapper von sich geben, dass Brigitte, die Ehefrau eines Polizisten, sich „von allen Jungs der Stadt“ glücklich die „Fotze durchknallen“ lässt?

Die Fähigkeit der Menschen, sich gegenseitig irgendwelche Geschichten zu erzählen und sich für jemanden zu halten, der sie nicht sind, ist wirklich grenzenlos. Unter dem Eindruck des entsetzlichen Mordes von Minneapolis interviewen wir hier ehrerbietig ein Mitglied der Band „La Rue-meur“, die 2002 erklärte, es seien „Hunderte unserer Brüder von den Polizeikräften ermordet worden, ohne dass es einen der Mörder auch nur interessiert hätte“.

Und wir nehmen schamlose Aussagen für bare Münze, wie die der Sängerin Camélia Jordana: „Es gibt Tausende von Menschen, die sich vor Polizisten nicht sicher fühlen, und ich gehöre dazu. Damit meine ich nicht die Demonstranten, sondern die Männer und Frauen, die in den Vororten jeden Tag zur Arbeit gehen und dann massakriert werden, grundlos, einfach nur auf Grund ihrer Hautfarbe.“

Sicherlich gab es 2019 mehr Polizeigewalt, doch das war die Antwort auf die extreme Gewalt gewisser Demonstranten. Und gegen wen richtete sie sich? Wer wurde da verletzt und verwundet? Die „Gelbwesten“, also die in Frankreich geborenen Franzosen, die von den Vertretern der Eingeborenen dieser Republik auch gern „souchiens“ genannt werden, die Urfranzosen.

WELT: Sie haben geschrieben, der Antirassismus sei der „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“.

Finkielkraut: Genau wie in Yale, Columbia oder Berkeley steht die westliche Zivilisation in den meisten Europäischen Universitäten des Alten Kontinents unter Beschuss. Man zeigt mit dem Finger auf die „Dead White European Males“. Sie und ihre Kultur sind an allem schuld, was sich auf der ganzen Welt verbreitet hat: Die Sklaverei, der Kolonialismus, der Sexismus und die LGBT-Phobie. Diese Kultur zu studieren, das bedeutet jetzt, sie anzuklagen und auseinanderzunehmen, ihr Prestige zu ruinieren, damit die Minderheiten ihren Stolz wiederfinden und sich die kulturelle Vielfalt ungehindert entfalten kann. Daher auch dieses starke Echo nach dem Tod von George Floyd in Paris oder in Stockholm und Montreal.

Die neuen Generationen glaubten, in dem grausamen Phlegma des Mörders das Gesicht des Westens wiederzuerkennen, das sie jetzt als Schande empfinden. Mathieu Bock-Côté erinnert in seinem letzten Buch daran, dass die Studenten des King's College in London die „Ansammlung von weißen Männern über 50 und mit Bart“ als letzte Eckpfeiler des Establishments bezeichnet hätten und dass diese nun ersetzt worden seien, durch „Pfeiler, die der Ideologie der Vielfalt entsprächen“.

Und aus einem Artikel von David Haziza habe ich erfahren, dass die fortgeschrittensten Studenten an der Columbia Universität kürzlich erklärten, man müsse mit einem Lehrplan Schluss machen, dessen „Weißheit“ ihrer Meinung nach eine Erklärung für immer noch verübte rassistische Morde sei.

WELT: Das 20. Jahrhundert und seine blutigen Ereignisse schienen eigentlich für ein Verschwinden von Rassenfragen gesorgt zu haben, zugunsten einer kosmopolitischen Utopie. Wie erklären Sie es sich, dass sie jetzt wieder so intensiv in den öffentlichen Debatten auftauchen? Ist der Antirassismus verrückt geworden?

Finkielkraut: Beim Antirassismus geht es leider nicht mehr darum, die Gleichheit der Menschenwürde zu verteidigen, sondern um eine Ideologie, eine Weltanschauung. In dieser Sicht der Dinge hat ein nicht-westlicher Sklavenhandel keinen Platz, ebensowenig wie ein arabisch-islamischer Antisemitismus oder einer der afroamerikanischen Gesellschaft oder auch die Demonstrationen von Chinesen oder Vietnamesen in Paris gegen Beleidigungen und Aggressionen, die nicht von Weißen ausgehen.

Der Antirassismus hat sich also komplett gewandelt und die Gastfreundschaft eine neue Bedeutung bekommen: Zu Zeiten der großen Einwanderungswelle geht es nicht mehr darum, die Neuankömmlinge bei sich aufzunehmen und in die europäische Zivilisation zu integrieren, sondern darum, die Defizite dieser Zivilisation aufzudecken und so denjenigen Gerechtigkeit zu verschaffen, die diese so lange mit Verachtung gestraft und schamlos ausgebeutet hat.

WELT: Man sieht immer mehr „Weiße“, die sich für ihre „Privilegien“ entschuldigen. Was halten Sie von diesem Phänomen? Was steckt hinter dieser Idee eines „System-Rassismus?“

Finkielkraut: Das bürgerliche schlechte Gewissen hat eine Menge Intellektuelle dazu gebracht, sich auf die Seite der Arbeiterklasse zu schlagen. Sie büßten so für ihre Privilegien und sahen sich

durch ihren Kampf für die Gleichberechtigung erlöst. In der heutigen extremen Linken ist nun diese Beschämung, weiß zu sein, an die Stelle des bürgerlichen schlechten Gewissens getreten – die Privilegien jedoch konnte sie nicht abstreifen. Es gibt also keine Sühne für ihr Schuldgefühl. Und auch keine Erlösung.

Und diejenigen, die sich dafür schämen, sehen es als Ehrensache an, sich dem Tag zu widmen, an dem ihre berühmte Universität das Verschwinden der Weißen aus dem öffentlichen Leben feiert und organisieren für sie – oder besser gesagt: gegen sie – einen „Tag der Abwesenheit“. Da der Verdacht der Herablassung alles belasten würde, was sie tun oder sagen, bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu schweigen, zu verschwinden oder unaufhörlich den Katechismus zu rezitieren, der sie selbst verdammt. Dieser Auto-Rassismus gehört zum erschütterndsten und grotesksten unserer Zeit.

WELT: Seit ein paar Monaten schienen die Kultur- und Identitätskriege von der Coronavirus-Krise verdrängt worden zu sein.

Finkielkraut: Man redet seit Beginn dieser Pandemie sehr viel von der Welt davor und der Welt danach. Doch durch das Setzen dieser großen Zäsur vergessen wir leicht, dass auch die Welt davor bereits intensiv an der kulturellen Auflösung der Alten Welt gearbeitet hat. Nach der Quarantäne setzt sich dieser Prozess nun fort und das sogar noch schneller.